

Geschützt im Dienstwagen

Zu: „Das Virus bleibt“,
FR-Meinung vom 28. Dezember

Man merkt, dass dieser Minister (Buschmann, Anm. d. Red.) die Realität des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs überhaupt nicht kennt. Längst haben sich die Menschen an die Masken gewöhnt und womöglich sogar herausgefunden, dass sie dadurch weniger Atemwegsinfekte riskieren. Die Älteren halten sich im eigenen Interesse daran und versuchen, Abstand zu den Maskenverweigerern zu halten.

Denn wer die Maske partout nicht tragen will, tut das jetzt schon, ohne irgendwelche Ordnungsmaßnahmen befürchten zu müssen, und ganz ohne, den Beistand des Justizministers.

Minister, die im Dienstwagen unterwegs sind, sollten erstmal 4 Wochen im Berufsverkehr in überfüllten Zügen fahren, bevor sie populistisch nach der Aufhebung der Maskenpflicht schreien.

Susanne Roether, Frankfurt

Lauterbach sollte von Ländern im Norden lernen

Die Analyse von Irene Habich bringt es treffend auf den Punkt.

Zum einen zählt zu einem ehrlichen Bild, dass zu Beginn der Pandemie niemand – einschließlich der damaligen politischen Entscheidungsträger, die für den ersten Lockdown verantwortlich waren – konkret vorhersagen konnte, welche Gefahr wirklich für die Bevölkerung droht und es somit schon angesichts der äußerst düsteren Bilder aus Bergamo eher ratsam war, schnell und entschlossen zu handeln. Zum anderen gibt es Erfolgsmodelle wie zum Beispiel Dänemark, die nicht zuletzt aufgrund ihres professionellen digitalen Datenmanagements mit insbesondere sehr gut untereinander vernetzten Behörden sehr früh den mutigen Kurs eingeschlagen haben, mit dem Virus zu leben, indem dort bereits im letzten Februar die Maskenpflicht in Bussen und Bahnen wieder aufgehoben wurde, und die ihre Entscheidung bis heute nicht bereut haben. Deshalb sollte Karl Lauterbach in jedem Fall von diesem nordischen Weg lernen, vor allem was die in einer Krise für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Durchhalten so wichtige zuverlässige Kommunikationsform sowie ein technologisch hochgerüstetes modernes Gesundheitswesen betrifft!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Donnernder Weckruf

Zu: Donnernder Weckruf, S 14, FR vom 17./18. 12.22

Kein Wunder, dass sich Verkehrsminister Volker Wissing nicht von „Freie Fahrt für freie Bürger“ verabschieden kann und ein Tempolimit auf Autobahnen einführt. Seine Initialen sind VW. Vorschlag: Namen ändern.
Fritz Brehm, Frankfurt

Der Textschreiber hat sich vermutlich kaputt gelacht

Weihnachtsrede des Bundespräsidenten: „Steinmeier dankt für Engagement“, FR vom 24. Dezember

Steinmeier verdeckt die Realität mit Lobhudelei

Was für eine zynische Wahrheit steht hinter Steinmeiers Beschwörung des „Gemeinsamen“: „In den Unternehmen arbeiteten viele daran, gestärkt aus der Krise zu kommen. Und Sie alle haben mitgeholfen“, sagte Steinmeier „den Menschen in Deutschland.“

Wie wahr: Die „Mitarbeiter“ in den Energiekonzernen haben die bereits maßlos überhöhten neuen Gaseinkaufspreise gnadenlos für weitere drastische Preisaufschläge genutzt und die Gewinne auf diese Weise in bisher unbekannte Höhen getrieben. Ebenso sämtliche Dax-Konzerne, die mit dem Vehikel der „Krise“ Rekordgewinne einfahren, bis hin zu den Preisaufschlägen der Lebensmitteldiscounter am Ende der Preissteigerungskette, euphemistisch als „Inflation“ bezeichnet.

Und die Banken haben ebenso dreist die Zinsen noch weit vor der EZB erhöht, angeblich zur „Bekämpfung der Inflation“, so dass viele Unternehmen und kleine Häuslebauer und in Not geratene Kreditnehmer jetzt das Doppelte an Zinsen zahlen und den Bankprofiteuren die Konten füllen.

Dies zieht sich seit Jahrzehnten durch sämtliche Bereiche unseres ach so „solidarischen Landes“: Die Mietkonzerne, nur ein weiteres Beispiel, drehen „Dank“ der Privatisierung der großen öffentlichen Wohnungsbestände immer gnadenloser an der Mietschraube, denn die „Investoren“ wollen auch hier zweistellige Renditen sehen.

Diese Gewinnmacherei und die dadurch geschaffene multiple „Krise“, in der kleine Gruppen von Profiteuren gigantische Gewinn- und Vermögenszuwächse aus unseren Einkommen und auf Kosten unserer Kaufkraft und Lebensstille und damit zulasten der gesamten Volkswirtschaft und zum Preis der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen erwirtschaften, sind das Ergebnis der politischen Entscheidungen der „demokratischen Parteien“, von Steinmeier und Co.

Und der Bundespräsident „weiß, wie viel diese Krise“ uns



Naht die Erleuchtung? Das wünschen Einige.

AFP

„allen abverlangt“, dass „viele sich einschränken müssen“. – Ja, für die Profiteure der „Krise“. Das sagt er aber nicht. Diese Realität vertuscht er mit seiner Lobhudelei, mit Durchhalteparolen fürs Weiter-so, dass die „Krise“ uns „allen viel abverlangt“ und „viele sich einschränken müssen.“

Und so geht es im Wechsel nach jeder Abstrafung nach jeder

Wahl immer weiter, solange, wie die „Alternativen“ noch weniger wählbar sind.

Heidger Brandt, Emkendorf

Die Klimakatastrophe nicht begriffen

Der Aufruf von Bundespräsident Steinmeier wird in Sachen Klimaschutz der Lage nicht gerecht. Statt auf die Alten einzu-

prügeln, sie sollten sich ändern hätte er besser seine Politikerfreunde anklagen müssen denn viele der Alten sind mit dem Verhalten der Politiker aller Couleur in diesem Land unzufrieden.

Es sind die Politiker, die stur einen völlig falschen Kurs fahren und das seit über 30 Jahren – bis heute. Es gibt keine politische Partei im Bundestag, die den Ausbau von Windenergie, Stromtrassen etc. nennenswert vorantreibt. Siehe FR vom 27.12. Minister Habeck: Wir haben große Gesetze gemacht, große und kleine Stellschrauben, Bürokratie hinter uns gelassen usw. Alle anderen Luftnummern beginnen mit: Es sollen... z.B. zwei Prozent der Landfläche des Bundes für Windkraft zur Verfügung stehen, die Länder mehr Flächen zur Verfügung stellen, gleich mit Einschränkungen.

Um Gasanlagen zu bauen gibt es Notverordnungen, keine Bürokratie, keine Klagen, geht alles pronto, da fährt man hin zur Einweihung. Dabei wird deutlich, man will gar keine Windanlagen bauen, allenfalls ein paar zur Beruhigung der dummen Bürger, denn die merken ja sowieso nichts.

Um eine Windanlage zu bauen braucht man immer noch mindestens 7 Jahre, wahrscheinlich länger und Vater Staat wundert sich, dass das Interesse der Wirtschaft so klein ist. Eine Stimme aus der Wirtschaft (!) sagt, wir brauchen jedes Jahr einen Zuwachs von 2000 Windrädern! Dann kommt Herr Steinmeier und sagt, die jungen Leute sollen sich engagieren, aber bitte so dass sich niemand aufregt. Diese Haltung ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten. Man muss sich fragen, ist das beabsichtigt? Der Textschreiber für diese Rede hat sich vermutlich kaputt gelacht.

Als Fazit kann man nur konstatieren, unsere Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien haben die Klimakatastrophe nicht begriffen, sie sind zu dumm, denn wenn sie begriffen hätten, was auf die Menschheit zu kommt, würden sie verbrecherisch handeln und das wollen wir doch nicht hoffen.

Jürgen H. Winter, Schönebeck

Geschmacklose Ignoranz

Ukraine: Erwiderung auf: „Dem Feind angedichtet“, FR-Forum vom 29. Dezember

Dass Pfarrer Gehring die Bergpredigt missbraucht, um seine angestaubte altlinke Soße in einem unerträglichen Primitivstil (die „Guten“ und die „Bösen“) über die Menschen in der Ukraine auszugießen, ist mehr als bedauernd, vor allem geschmacklos. Am Ende sind alle Katzen grau und Putins Überfall auf die Ukraine mit bisher geschätzten 40 000 Menschenrechtsverbrechen wird gerade mal so locker mit dem (wenn auch durchaus problematischen) Eingreifen der Nato in den Kosovokrieg verglichen.

Das ist nicht nur eine unverantwortliche Verharmlosung der russischen Kriegsverbrechen, das ist auch eine geschmacklose Ignoranz gegenüber den vielfachen Leiden und dem tapferen Abwehrkampf der ukrainischen Bevölkerung gegen die russische Aggression.

Wer Putins Werdegang und seine Äußerungen zum Ukrainekrieg verfolgt hat, weiß, dass es ihm hier um den Kampf gegen die Ausbreitung demokratischer Gesinnung in den Nachbarstaaten (und in Russland!) sowie um eine wie auch immer

vorgestellte Wiederherstellung russischer Großmacht geht. Und dieser Kampf würde im Erfolgsfall nicht an der ukrainischen Westgrenze enden, weshalb in der Ukraine auch die Freiheit Europas verteidigt wird. Hierzu passt also nicht die eigenwillige Bergpredigt-Auslegung von Pfarrer Gehring, sondern Art 51 UN-Charta (Recht eines angegriffenen Staates auf Selbstverteidigung, auch unterstützt von anderen Staaten).

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

Lebenslang ein Nazi

Zu: „Heideggers Hüttenzauber“, FR-Feuilleton vom 28. Dezember

Zum Artikel über Heidegger fallen mir nur drei Sachen ein. Erstens, das Jahr 1922 war ein Jahr, vor dem Heideggers heißgeliebter Führer einen Putsch veranstaltete – and failed. Zweitens, Heidegger träumte davon „des Führers philosophischer Führer“ zu werden. Das Problem: Sein Führer gab Heidegger nicht einmal eine Audienz. Drittens: Es ist so, wie ich in „Philosophy in Review“ geschrieben habe, Heidegger war ein lebenslanger Nazi. Thomas Klika, Sydney (AUS)